

Rückantwort K. Knoch/P4F Bensheim 24.6.2020:

Lieber Herr Meister,

danke für Ihre ausführliche und schnelle Antwort.

Wir befinden uns in einer Krise - vergleichen Sie bitte mit Corona. Wenn wir den Lockdown aufgeschoben hätten, um die Auswirkungen auf die Wirtschaft zu dämpfen, wäre es wahrscheinlich anders ausgegangen. Die Klimakrise verträgt keinen jahrzehntelangen (bis 2038 sind es 18!! Jahre) Aufschub der Maßnahmen. Die Berücksichtigung aller Interessen ist in Wirklichkeit vor allem die Berücksichtigung der Kohle-Lobby, und vielleicht der 20.000 Angestellten der Kohleindustrie (Die größtenteils wahrscheinlich bis in 18 Jahren gar nicht mehr arbeiten werden, dafür werden dann womöglich weiter neue Menschen dort angestellt - eine nicht zukunftsweisende Investition und Fehlsteuerung) - **das entspricht 0,02% unserer Bevölkerung**. Für die Subventionen, die bis 2038 laufen würden, könnte man diese Menschen vielfach entschädigen oder umschulen, und stattdessen erneuerbare Energien stärker fördern. Einkommen kann umverteilt werden, abgebagerte Dörfer sind auf immer verloren, CO2 in der Atmosphäre auf Jahrhunderte angesammelt. Kohleverstromung ist unrentabel und hochgradig umweltschädlich. Bis 2030 muss das spätestens vorbei sein, 10 Jahre reichen für einen Ausstieg. Das ist weder Aktionismus noch Ideologie, sondern Vernunft. Der Markt - wenn man ihn lassen würde - würde das auch ohne staatliche Eingriffe regeln. Die Antworten von FFF zu den wichtigsten Fragen zum Gesetz können Sie auf dem angehängten pdf lesen. Diesen stimmen wir von Parents For Future voll zu.

Sie sagen, Sie wollen Umwelt schützen und Wohlstand erhalten. Aber Wohlstand macht nur Sinn, wenn er alle Menschen einbezieht - auch die, die nach uns kommen, und wenn er sich für alle an den Grenzen unseres Planeten orientiert. Die Subventionierung umweltschädlicher und unrentabler Wirtschaftszweige muss **JETZT** aufhören, nicht erst in 18 Jahren. Unser Staat muss in systemrelevante Berufe und Wirtschaftszweige und in nachhaltiges Wirtschaften investieren. Es ist Zeit für ein Umdenken auf allen Ebenen. **Das bisherige Wachstumsmodell ist kurz vor seinem Zusammenbruch. Wir brauchen eine Transformation unserer ganzen Wirtschaft** und ein Durchbrechen des Lobbyismus der großen Konzerne. Wir als For Future-Bewegung werden nicht stillhalten, solange nicht klar erkennbar ist, dass die Politik (die Regierung) ein wirkliches Umsteuern ernsthaft anstrebt.

Dazu zwei Tipps als Anregung (es gibt noch viele weitere, die in die selbe Richtung zielen): Maja Göpel (Mitglied im WBGU) im [Interview mit dem Deutschlandfunk](#) zu ihrem aktuellen Buch **"Unsere Welt neu denken"**.

Marco Bülow (MdB, parteilos) [im Gespräch mit FFF](#) zum Thema **Lobbyismus und Klimaschutz**.

Wenn die Politik auch nach Corona immer noch auf „Weiter so wie bisher“ setzt, wird die junge Generation und alle Umwelt- und Klimaktivisten zu Recht den Druck weiter erhöhen. Über die Straße, und auch an der Wahlurne - und auf anderen Wegen, die gerade in multiplen Bündnissen ausgelotet werden, um mehr (direkte) Demokratie in die alltäglichen Abstimmungen zu bringen. Wir brauchen auch ein Umdenken vieler Einzelner. Und Sie als gebildeter Mensch und mit Verantwortung für unser Land ausgestatteter Politiker sollten hierbei mit gutem Beispiel vorangehen. Bitte werden Sie Ihrer Verantwortung für unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkel gerecht, statt der Verantwortung gegenüber kapitalgebenden Lobbyverbänden und kurzfristigen Wahlversprechen.

Viele Grüße, Katja Knoch

Antwort Herr Meister am 22.6.

Sehr geehrte Frau Knoch,

vielen Dank für Ihre E-Mail. Wir sind (bisher) das einzige Land auf der Welt, das sich entschlossen hat, sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Kohleverstromung auszusteigen. Für diesen doppelten Ausstieg, meines Erachtens die größte Herausforderung, der sich die Bundesrepublik in diesem Bereich jemals gestellt hat, gibt es keine Blaupause. Dafür haben wir aber mit Blick auf Energiewende und Klimaschutz klare Prinzipien:

Wir setzen u.a. auf Nachhaltigkeit. Das heißt, soziale, ökonomische und ökologische Belange müssen hier immer wieder neu abgewogen und miteinander in Einklang gebracht werden. Wir wollen die Umwelt schützen und gleichzeitig unseren Wohlstand erhalten.

Und wir setzen auf Vernunft statt Ideologie. Hysterie und Aktionismus helfen uns nicht weiter. Erfolgreicher Klimaschutz muss zum einen konsequent sein, aber zum anderen auch die Leute mitnehmen. Mit anderen Worten: Blinden Ausstiegseifer lehnen wir ab. Wir wollen vielmehr einen vernünftigen Ausstieg aus der Kohle. Dem trägt der beschlossene Stilllegungspfad für die Kohlekraftwerke Rechnung. Wir müssen nämlich insbesondere den Strukturwandel in den betroffenen Gebieten im Blick haben und mitgestalten. Die Arbeitnehmer der Kohlebranche dürfen nicht im Stich gelassen werden. Neben der Einführung eines Anpassungsgeldes für die Beschäftigten sollen durch Strukturhilfen für die betroffenen Regionen zusätzlich neue Arbeitsplätze entstehen – auch wenn uns bewusst ist, dass viele dieser neuen Arbeitsplätze voraussichtlich nicht 1:1 von den derzeit Beschäftigten des Tagebaus übernommen werden. Eine stabile Wirtschaft vor Ort wird aber auch weitere Arbeitsplätze hervorbringen. Nur wenn der Strukturwandel, der nicht von heute auf morgen geht, über die Jahre gelingt und die Menschen mitgenommen werden, besteht auch die Grundlage für politische Handlungsfähigkeit in den betroffenen Regionen und Bundesländern. Ein missglückter Strukturwandel würde die Parteien der politischen Ränder massiv stärken – mit allen Konsequenzen. Und das kann in niemandes Interesse sein.

Noch einmal: Klimaschutz gelingt nur gemeinsam, vom Anfang bis zum Ende. Und nur, wenn man unterschiedliche Interessen zusammenführt. Maximalforderungen einzelner Gruppen können nicht die Lösung für gemeinsamen Klimaschutz sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Michael Meister, MdB

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Katja Knoch [<mailto:info@lernen-im-aufbruch.de>]

Gesendet: Samstag, 20. Juni 2020 09:49

An: Dr. Michael Meister MdB <michael.meister@bundestag.de> Cc:
peter.stephan.moerlenbach@t-online.de (peter.stephan.moerlenbach@t-online.de)
<peter.stephan.moerlenbach@t-online.de>; martin.ringhof@bergstrasse.cdu.de;
B.Heitland2@ltg.hessen.de; Buero Landrat <Buero.Landrat@kreis-bergstrasse.de>;
hoerst.fdp@gmail.com; habich@zwingenberg.de; kanzlei@ra-suermann.de
Betreff: Fragen zum Kohleausstiegsgesetz

Lieber Herr Meister,

es steht neben der Abschaffung der diversen Solardeckel noch ein weiteres aktuelles Thema an, das uns Klimaaktive sehr bestürzt. In Kürze wird im Deutschen Bundestag das „Kohleausstiegsgesetz“ verhandelt. Es ist in der momentanen Fassung eher ein Einstiegs- und Garantiesgesetz denn ein Ausstiegsgesetz. In diesem Gesetz wird RWE gesetzlich und UNWIDERUFLICH garantiert, dass sie bis 2038 Kohle verbrennen dürfen - egal wie unrentabel es wird, egal wieviel erneuerbare Energien es bis dahin gibt - und zwar soviel Kohle, wie ihnen

eigentlich bis 2045 angedacht wurde. RWE verbrennt also nicht weniger Kohle, nur schneller! Besonders kritisch ist, dass dieses Gesetz ausdrücklich nicht wieder rückgängig zu machen ist und damit die Energiepolitik der demokratischen Kontrolle entzogen und in die Hände von RWE gelegt wird (in Form eines Vertrages, dessen Inhalt noch keiner kennt). Zudem will sich das Gesetz auch über EU-Grenzwerte hinwegsetzen, die nächstes Jahr verschärft werden sollen.

Das können wir nicht hinnehmen und bitten Sie, als Vertreter der Region Bergstraße im Bundestag, das Gesetz in der jetzigen Fassung ABZULEHNEN!
Eine Subvention der Kohle muss SOFORT gestoppt werden. Diese Gelder könnten umgehend in den Ausbau der Solarenergie fließen!

Als verantwortungsvolle Bürger*innen verlassen wir uns nicht auf die ausgehandelten Kompromisse und möchten Ihnen dazu folgende Fragen stellen, die Sie hoffentlich in Ihrer Entscheidungsfindung unterstützen:

1. Warum halten Sie die Kohleverbrennung bis 2038 für energiepolitisch notwendig, obwohl viele Studien vom Gegenteil ausgehen?
2. Warum wollen Sie exklusiv mit RWE einen Vertrag zur Kohleförderung in Garzweiler II bis 2038 abschließen?
3. Warum soll RWE in Garzweiler II bis 2038 so viel Kohle fördern dürfen, wie dem Unternehmen vor einigen Jahren bis zum Jahr 2045 zugesagt wurde? [1]
4. Warum subventionieren Sie weiterhin die Kohleindustrie, statt diese Mittel in die Förderung von Erneuerbaren Energien zu investieren, die heute schon günstiger sind als Kohlestrom?
5. Warum werden lange Laufzeiten und Milliarden-Entschädigungen für Kohlekraftwerke vereinbart, die bereits jetzt oder schon in naher Zukunft unprofitabel sind? [2]
6. Warum ignorieren Sie den Willen der Mehrheit der Bürger*innen in Deutschland, denen zu 93% die Nutzung und der Ausbau Erneuerbarer Energien sehr wichtig ist? [3]
7. Wie rechtfertigen Sie Ihre wissentliche Unterlassung, die drohende Klimakatastrophe zu verhindern, vor Ihren und unseren Kindern und Enkelkindern?

Parents for Future Bensheim und Deutschland fordert:

- * Keine vertraglichen Vereinbarungen mit Unternehmen der Kohleindustrie über garantierte Fördermengen abzuschließen
- * Den Kohleausstieg bis 2030 abzuschließen und gesetzlich festzulegen
- * Die Kohlesubventionen einzustellen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv zu fördern
- * Die sofortige Stilllegung des Steinkohlekraftwerks Datteln 4

Sollten Sie planen, diesem Gesetz zuzustimmen, bitte ich Sie, die obigen Fragen zu beantworten.

Eine zukunftsfähige und Paris-kompatible Entscheidung kann nur ein NEIN zum Gesetz in der aktuellen Fassung sein.

Viele Grüße,

Katja Knoch & alle Aktiven von Parents4Future Bensheim